

**Sie möchten inserieren?**

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

## Eidgenössische Politik

Heimat schützen: Wenn nicht jetzt, wann dann?  
von Paul von Euw

Seite 2

## Kanton Zürich

Die nächsten Opfer: Unsere Hausbesitzer  
von Domenik Ledergerber

Seite 3

## Aktuell

Sicherheit ist keine Verhandlungssache  
von Philipp Müller

Seite 4

## Parlamentsgemeinden

Gemeindewahlen: Zeit, Bilanz zu ziehen  
von Charlotte M. Baer

Seite 6

## Veranstaltungs-Tipp

Podium zur NHI am 2. Mai in Turbenthal

Seite 5

ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI 2026

## Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)»

Am 14. Juni stimmt die kantonale Stimmbevölkerung über insgesamt drei Volksinitiativen zum Thema Wohnen ab. Zwei Initiativen haben einen linksgrünen Absender. Eine Initiative ist durch den Hauseigentümergebund Kanton Zürich lanciert worden.



Die Initiative des HEV Zürich will mehr preisgünstigen Wohnraum für den Mittelstand schaffen.

Bild: Pexels

Das Ziel dieser HEV-Initiative ist wie folgt formuliert: Nebst kostengünstigen Mietwohnungen ist auch das kostengünstige, selbstbewohnte Wohneigentum durch den Staat zu fördern. Es soll damit preisgünstiger Wohnraum für den Mittelstand geschaffen werden. Die Initianten schlagen ein ganzes Bündel

von Massnahmen zur Änderung des «Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung» vor.

### Eigenheim: ein verbreiteter Wunsch

Eine Hauptforderung der Initianten besteht darin, dass bei einem Bauprojekt,

das von Staat oder Gemeinden gefördert wird (zum Beispiel mit Land im Baurecht), immer auch die Hälfte an preisgünstigem Wohneigentum gebaut werden soll; also immer gleich viele preisgünstige Mietwohnungen wie preisgünstiges Wohneigentum. Der HEV unterstreicht diese Forderung mit Stu-

dien, welche belegen, dass der Wunsch nach einem Eigenheim nach wie vor sehr hoch ist. Diese Initiative soll die Ermöglichung besagten Wunsches vereinfachen.

Die SVP-Kantonsratsfraktion ist der Meinung, dass Wohneigentum ein förderungswürdiges Ziel ist. Wir gehen davon aus, dass Eigentum bei Privatpersonen gut aufgehoben ist. Privatpersonen, die Grundeigentum besitzen, haben eine Verantwortung gegenüber ihrem Besitz. Sie handeln somit verantwortungsvoll, weniger sprunghaft und denken langfristig; das ist dann auch nachhaltiger.

### Die Frage der sinnvollen Förderung

In der Kantonsverfassung ist die Förderung des Wohneigentums festgeschrieben. Aus Sicht des HEV fehlen allerdings die konkreten Förderinstrumente. An diesem Punkt setzt die Initiative

«Die Initiative soll die Ermöglichung des Eigenheimwunsches vereinfachen.»

an und will das Angebot an preisgünstigem Wohnraum für den Mittelstand erhöhen. Damit würde die Vielfalt an Wohnformen zunehmen und nicht nur der Mietwohnungsmarkt einseitig gefördert. Gemäss dem HEV wird durch die Förderung des Wohneigentums der Druck auf den Mietwohnungsmarkt reduziert. Der Wohnungsmarkt gelangt wieder in ein Gleichgewicht.

Aus Sicht der SVP ist das private Eigentum dem staatlichen Eigentum zu bevorzugen. Häufig ist es besser, wenn

Land oder anderes Eigentum in privaten Händen ist. Natürlich ist es in Ordnung, wenn Polizeiautos oder Schulhäuser dem Staat gehören. Bei vielen

«Die Vorlage ist auch hinsichtlich der gesamten Wohnungsdiskussion positiv zu werten.»

anderen Dingen gilt hingegen: privater ist vorteilhafter. Somit ist die Förderung von privatem Wohneigentum eine Stossrichtung, die wir unterstützen können.

### Korrekte Stossrichtung

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative des HEV am 27. Oktober 2025 abgelehnt. Unterstützt wurde diese von der SVP sowie der Mitte-Partei. Ein Gegenvorschlag, der rechtliche Präzisierungen beinhaltete, wurde vom Rat ebenfalls abgelehnt, von der Mitte und der SVP aber unterstützt.

Die vorliegende HEV-Initiative weist aus Sicht der SVP eine korrekte Stossrichtung auf und ist auch im Hinblick auf die gesamte Wohnungsdiskussion zu beurteilen. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen ein JA zur Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)» des HEV Zürich.



Markus Bopp  
Kantonsrat SVP  
Otelfingen





Christoph Mörgeli

**Direkte Route Spanien-Schweiz**

Das Schweizer Radio SRF berichtet hell begeistert: Die sozialistische Regierung von Spanien will den Aufenthaltsstatus von rund 500 000 Migranten legalisieren. Neu können diese unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis beantragen. «Wir stärken ein auf Menschenrechten basierendes Migrationsmodell», sagte die Regierungssprecherin an einer Pressekonferenz gemäss Radio SRF. Die Medien sind über so viel Humanität beeindruckt. Spanien unter Ministerpräsident Pedro Sánchez fahre damit nämlich einen anderen Kurs als viele andere westliche Länder. Wie leider üblich, denkt unser Monopolradio keinen Schritt weiter. Was tun wohl viele dieser halben Million Migranten mit neuem Bleiberecht, die vor allem aus Afrika stammen? Sicher gibt es manche, die in Spanien bleiben, um dort weiterhin hart zu arbeiten, auf Feldern oder Plantagen, in Küchen oder Fabriken, im Reinigungswesen oder als Haushaltshilfen. Was konkret geschehen wird, blieb allerdings ungesagt: Viele dieser Afrikaner reisen dank der EU-Personenfreizügigkeit weiter. Warum? Weil Spanien so ziemlich die höchste Erwerbslosenquote aller 27 Staaten in der Europäischen Union hat. Auch herrscht dort eine durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent. In der spanischen Stadt Ceuta mit 83 000 Einwohnern beträgt sie 66,5 Prozent, in der noch etwas grösseren Stadt Melilla 62,6 Prozent. Da muss man sich nicht wundern, wenn die legalisierten Migranten in andere Sehnsuchtsländer weiterreisen. Auch wer kein Spanisch kann und wem dies alles spanisch vorkommt, muss wissen: Neben Frankreich und Deutschland dürfte die Schweiz mit ihrer sozialstaatlichen Rundumbetreuung dazugehören. Der eigentlich geforderte Nachweis einer Berufstätigkeit ist nicht weiter ernst zu nehmen. Die EU-Migranten kommen auch so, sei es als Jobsuchende, nicht Angemeldete und schliesslich als stillschweigend Geduldete. Den humanitären PR-Coup von Spaniens Sozialisten müssen andere ausbaden. Denn die Sozis machen auch hier, was sie am besten machen: Sie machen sich wichtig.

AUS DEN SÜMPFEN VON BERN

**Märchentante Jacqueline Badran**

Statt über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» könnte SP-Nationalrätin Jacqueline Badran genauso gut über Schneewittchen, Hänsel und Gretel oder den Froschkönig erzählen. Lesen Sie das Neueste von Märchentante Badran.



Thomas Matter Nationalrat SVP Meilen

Nicht genug, dass Jacqueline Badran behauptet, 90 Prozent der Zuwanderer kämen in unser Land, um zu arbeiten. Tatsächlich waren es 2023 bis 2025 nachweisbar im Schnitt 43 Prozent – also nicht einmal die Hälfte der von Badran öffentlich vorgegaukelten Zahl.

Jüngst hat Jacqueline Badran in der SRF-Sendung «Arena» auf eine Frage des Moderators erneut den Vogel abgeschossen. Moderator Sandro Brotz fragte: «Darf ich noch einmal nachfragen, um es ganz genau von Ihnen zu hören:

**«Tatsache ist: Die Immobilienpreise sind vor allem wegen der Zuwanderung gestiegen.»**

Wie viel hat jetzt davon mit der Zuwanderung zu tun, von 1 bis 10?» Badran: «Ähm... eigentlich null.»

Und in der Zeitung «Schweiz am Wochenende» vom 11. April 2026 behauptete Jacqueline Badran nochmals wörtlich: «Die Zuwanderung hat nichts mit den hohen Mieten zu tun.» Und niemand macht hier den Faktencheck.

**Massive Zuwanderung fördert Wohnungsnot**

Tatsache ist, dass 82 Prozent der seit 2000 zusätzlich bereitgestellten Wohnfläche wegen des Bevölkerungswach-

tums nötig wurden. Tatsache ist, dass die Immobilienpreise vor allem wegen der Zuwanderung stark gestiegen sind. Und gestiegene Immobilienpreise heissen gestiegene Mietpreise. Bei einem Nein zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» werden die Mieten weiterhin massiv steigen.

**Dieselbe Leier: «Die bösen Vermieter»**

Zu den Lieblingsmärchen von Jacqueline Badran gehört auch jenes von den

bösen Vermietern und Spekulanten, die allein in einem Jahr 10,5 Milliarden Franken von den Mietern zu viel kassiert hätten. Nun, tatsächlich lag die Bruttorendite für Immobilien 2024 im Schnitt bei 2,9 bis 3 Prozent. In den 80er- und 90er-Jahren waren sie noch doppelt so hoch.

Wir sprechen also von einer Nettoerrendite von knapp, vielleicht auch gut 1,9 Prozent. Sind da etwa Abzocker am Werk? Ganz sicher nicht. In Wahrheit muss man sich mehr als zwei Mal über-

legen, in Immobilien zu investieren. Zumal, wenn wir das Risiko eines Zinsanstieges mit einbeziehen.

**Badrans Politik kostet uns die Rente**

Und wer bitte sind die grossen Immobilienbesitzer? Nicht zuletzt unsere Pensionskassen, die für ihre Versicherten Renditen erwirtschaften müssen, um damit die Renten zu finanzieren.

Frau Badran müsste eigentlich den heutigen und künftigen Rentnern mit ihrer Politik reinen Wein einschenken und sagen: «Sorry, mit meiner Wohn- und Mietpolitik müsst ihr auf einen schönen Teil eurer Rente verzichten.»

**Keine 10-Millionen-Schweiz!**

**Schweiz schützen JA**

**Nachhaltigkeits-Initiative**

Bei einem Nein zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» werden die Mieten weiterhin massiv steigen.

Bild: IG Nachhaltigkeit

NACHHALTIGKEITS-INITIATIVE «KEINE 10-MILLIONEN-SCHWEIZ!»

**Wie viel mehr Fachkräftemangel braucht die Schweiz noch?**

Am 14. Juni 2026 stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Nachhaltigkeits-Initiative ab. Nachhaltigkeit: ein Wort, das für vieles gebraucht und missbraucht wird.



Paul von Euw Kantonsrat SVP Bauma

In diesem Zusammenhang wollen die Initianten eine nachhaltig funktionierende Schweiz bewahren. Nun, was ist eine nachhaltig funktionierende Schweiz? Erinnern wir uns 25 Jahre zurück. Junge Menschen, die vom Elternhaus ausgezogen sind, fanden eine Wohnung und die Wohnung konnte bezahlt werden. Auf dem Arbeitsweg sind wir nicht ständig im Stau gestanden und hatten Platz

im Zug. Kaum einmal musste jemand stehen. Krankenkassenprämien waren nicht existenzgefährdend, in den Spitälern hatten wir genügend Personal und wer zum Arzt musste, hat innert Kürze einen Termin bekommen. Sogar Lehrpersonal war genügend im Einsatz.

Was stellen wir fest, wenn wir nun den aktuellen Zustand beurteilen? Wohnungen sind Mangelware und wenn eine junge Familie noch eine Wohnung findet, ist diese kaum bezahlbar. Wer sich mit dem Auto bewegt, kalkuliert für die Abfahrtszeit automatisch Stauzeit ein und im Zug stellt man sich heute auf einen Stehplatz ein. Im Gesundheitswesen und in der Bildung sind die Rufe nach Fachkräften unüberhör-

bar und Krankenkassenprämien lassen bei Herrn und Frau Schweizer zunehmend finanzielle Probleme entstehen. Eine Entwicklung, die nicht mehr schön geredet werden darf.

**Es kommen zu viele und es kommen die Falschen**

Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Leidet die Schweiz an zu wenig Zuwanderung? Bei einem Einwohnerwachstum von zwei Millionen Personen ist dies kaum anzunehmen. Sind weniger Personen in der Schweiz arbeitstätig? Nein, die Anzahl Arbeitskräfte hat ebenfalls zugenommen. Wird zu wenig gebaut? Dies ist auch kaum der Fall. In den vergangenen 20 Jahren ist die Bau-

tätigkeit mit zusätzlichen 1,3 Millionen Wohnungen auf der Fläche von zwei Mal dem Zürichsee ebenfalls unüberschaubar. Es kann also nur noch mit der Menge und der Zusammensetzung der Zuwanderung zusammenhängen.

Ein durchschnittliches Einwohnerwachstum in der Grösse der Stadt St. Gallen braucht Spitäler mit Pflegepersonal und Ärzten, Schulhäuser mit Lehrpersonen und es braucht eine Unmenge an Handwerkern. Mittels einer objektiven Betrachtung dieser einfachen Daten stellen wir fest: Der Fachkräftemangel wird importiert! Und so schliesst sich auch der Kreis mit der Bezeichnung Nachhaltigkeits-Initiative. Ein kleineres Wachstum ist für die Schweiz nachhaltig verkraftbar. Unsere Schweiz war vor 25 Jahren noch ein sehr attraktives Land, leider aber mit abnehmender Tendenz. Der Dichtestress, die Wartelisten beim Doktor und die Kinder, die kaum mehr Deutsch sprechen – all das muss nun gestoppt werden. Wenn nicht jetzt, wann dann?

**Mobilisieren auch Sie Ihr Umfeld!**

Ich will der kommenden Generation eine Schweiz weitergeben, an der auch sie Freude hat und für sich eine Zukunft mit helvetischen Werten sieht. Geschätzte Leserinnen und Leser, nehmen auch Sie Ihre Verantwortung wahr und stimmen Sie JA zur Nachhaltigkeits-Initiative und damit JA gegen eine 10-Millionen-Schweiz. Sagen Sie es weiter! Wenn nicht jetzt, wann dann?

**JETZT AKTIV WERDEN!**

Keine 10-Millionen Schweiz

Mobilisieren Sie Ihre Familie, Freunde und Verwandte. Helfen Sie mit, die Zukunft der Schweiz zu sichern!

Bild: IG Nachhaltigkeit

Werden Sie aktiv! Kostenlose Fahne bestellen und aufhängen.



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

# Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Geschätzte Leserinnen und Leser, aufgrund der ausgefallenen Ratssitzung infolge des Sechseläutens ersetze ich den an dieser Stelle gewohnten «Bericht aus dem Kantonsrat» und äussere hiermit meine Wahrnehmungen zu den letzten Gemeindewahlen in unserem Kanton Zürich.



**René Isler**  
Kantonsrat SVP  
Winterthur

Nachdem die SVP in den letzten Jahren stetig gute Wahl- und Abstimmungsresultate hat erzielen dürfen, haben wir bei den diesjährigen Gemeindewahlen in 13 Parlamentsgemeinden insgesamt 18 Sitze dazugewonnen. Aber auch bei den Exekutivwahlen verzeichnete die SVP sehr erfreuliche Resultate. In verschiedenen Gemeinden gelang es sogar,

bestehende Sitze zu verteidigen und neue Vertretungen in Gemeinde- und Stadträten dazuzugewinnen. Unglaublich!

Unser Parteipräsident Domenik Ledergerber durfte ob diesen erfreulichen Wahlergebnissen vor die Medien treten und mitteilen, dass dieser Erfolg nicht von ungefähr komme, sei es doch einzig die SVP, die seit Jahren konsequent jedes brennende Thema politisch aufnehme und dieses auch immer mit viel Engagement weiterverfolge. Kriminalität, ungebremste Zuwanderung, Knebelverträge mit der EU etc. sind nur einige der Themen, die eine immer breitere Schicht unserer Bevölkerung beschäftigen.

### Politik für das Volk

Ich persönlich erlaube mir, dazu anzumerken, dass ich nach 17 selbst bestrittenen Wahlkämpfen mit Genugtuung feststellen darf, dass dieser grosse Erfolg der SVP vor allem auf die äusserst engagierten SVP-Sektionen zurückzuführen ist. Ich habe in allen vergangenen Wahlkämpfen noch nie erlebt, dass sich so viele Sektionen über den ganzen Kanton verteilt mit aktuellen Themen an Standaktionen und/oder Strassenwahlkämpfen unter die Bevölkerung mischten und so mit ihr in Kontakt

gekommen sind. Praktisch durch das Band hinweg war zu hören, dass nur die SVP eine glasklare Politik betreibt und nicht wie die anderen immer nur leere Versprechen mache.

### Harte Arbeit zahlt sich aus

Trotz dieser schönen Erfolge wäre es jetzt aber fatal, zu meinen, dass wir uns auf den momentanen Lorbeeren ausruhen können. Im Gegenteil! Jetzt heisst es weiterhin «chrampfen» und mit ganz viel Energie sachlich und engagiert weiterkämpfen. Wir sind nämlich bei allen kommenden Abstimmungskämpfen, etwa der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», der Neutralitätsinitiative und weiteren, stark gefordert, weil diese Abstimmungen für uns alle enorm wichtig sind. Je stärker wir uns bei diesen Abstimmungen einbringen und engagieren, desto besser können wir den bereits im Herbst 2026 beginnenden Wahlkampf für die Regierungs- und Kantonsratswahlen 2027 in Angriff nehmen.

In diesem Sinne danke ich jedem einzelnen SVP-Mitglied in unserem Kanton für die grosse Unterstützung während der letzten Wahlen, aber auch bereits jetzt für das Engagement bei den kommenden Wahlen und Abstimmungen. Ohne euch geht das alles nämlich nicht. Vielen lieben Dank!



**Wir waren erfolgreich, weil wir eine glasklare Politik betreiben – Politik «für eusi Lüüt».** Bild: SVP Kanton Zürich

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

# Die nächsten Opfer der masslosen Zuwanderung: unsere Hausbesitzer



**Domenik Ledergerber**  
Kantonsrat und Präsident  
SVP Kanton Zürich  
Herrliberg

Haben Sie sich auch schon gefragt, wohin uns die ungebremste Zuwanderung führt? Wir bringen laufend neue Opfer – und ein Ende ist nicht in Sicht. Jahr für Jahr wächst die Bevölkerung um bis zu 100 000 Personen. Die Folgen lassen sich längst nicht mehr schönreden.

Wird in der Schweiz zu wenig gebaut? Nein. Es wird zu viel eingewandert. Der Wohnungsbau kommt der massiven Zuwanderung längst nicht mehr hinterher. Im Vergleich zu vor 25 Jahren bauen wir heute 71 Prozent mehr Wohnungen – und trotzdem reicht es nicht. Die Nachfrage wächst schneller als jedes Bauprojekt. Oder anders gesagt: Wir bauen wie die Verrückten – und finden trotzdem keine Wohnung. Der Preis dafür ist hoch: Unsere Heimat verschwindet Stück für Stück. Jede Sekunde wird ein ganzer Quadratmeter (!) Grünfläche unter Beton und Asphalt begraben.

Nun zeichnen sich die nächsten Opfer ab: unsere Hausbesitzer. Viele Senioren leben heute in Eigenheimen, die sie sich hart erarbeitet haben. Doch genau diese Häuser geraten nun ins Visier. Der Bund prüft, wie sich aus Einfamilienhausquartieren «mehr Wohnraum herausholen

lässt. Übersetzt heisst das: Verdichtung, Druck, Verdrängung. Oder zugespitzt: Wer sich den Traum vom Eigenheim erfüllt hat, soll Platz für Zuwanderer machen. Ist das der Umgang mit jener Generation, die unser Land aufgebaut hat? Das ist Politik für die ganze Welt – aber ganz sicher nicht für eusi Lüüt.

Das Muster ist immer gleich: Erst treibt die ungebremste Zuwanderung die Nachfrage in die Höhe – dann werden staatliche Eingriffe als Lösung präsentiert. Am 14. Juni stimmen wir im Kanton Zürich über zwei linke Wohn-Initiativen ab. Beide versprechen mehr bezahlbaren Wohnraum – jedoch setzen sie auf noch mehr Regulierung, mehr Vorschriften, mehr Staat. Und beide gehen am Kern des Problems vorbei und verschlimmern die Situation sogar noch. Denn wer die Nachfrage dermassen anheizt, kann das Angebot noch so stark regulieren – es wird niemals reichen. Diese gefährlichen Scheinlösungen sind klar abzulehnen.

Die gute Nachricht: Es liegt auch eine echte Lösung auf dem Tisch. Am 14. Juni haben wir die Chance, die Weichen für die Schweiz neu zu stellen. Ein JA zu unserer Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» bedeutet: Ursachen anpacken statt Symptome verwalten. Diese Abstimmung müssen wir unbedingt gewinnen, damit die Schweiz Schweiz bleibt und auch künftige Generationen in einer lebenswerten Schweiz aufwachsen dürfen.



Jede Sekunde wird ein ganzer Quadratmeter (!) verbaut – es ist höchste Zeit, unsere Heimat zu schützen. Bild: SVP Kanton Zürich

# Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



WORTE DES REDAKTORS

## Demokratie lebt von Argumenten

In der SRF Rundschau vom 15. April zum Thema «10-Millionen-Frage: Wollen wir Zuwanderung begrenzen?» war eine Aussage zu hören, die aufhorchen lässt. Mit Blick auf die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» äusserte sich einer der Befragten wie folgt: «Es kommt vor allem von der SVP, deswegen bin ich dagegen.» Sie wirkt auf den ersten Blick ehrlich. Bei genauerem Hinsehen offenbart sie jedoch ein tieferliegendes Problem: eine politische Debattenkultur, die sich zunehmend von Inhalten entfernt und sich stattdessen an Reflexen orientiert.

### Politische Realität anerkennen

Es wäre allerdings ebenso verkürzt, Initiativen und Referenden als rein sachgetriebene Instrumente darzustellen. Selbstverständlich werden sie von Parteien genutzt, um Themen zu setzen, Profile zu schärfen und sich – gerade mit Blick auf Wahlen – zu positionieren und die eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Das gilt für alle politischen Kräfte gleichermaßen und ist Teil der politischen Realität in der direkten Demokratie.

Gerade deshalb kommt es entscheidend darauf an, wie wir mit diesen Instrumenten umgehen. Denn unabhängig von parteipolitischen Motiven bringen Initiativen reale Fragestellungen auf den Tisch. Sie zwingen uns, uns mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, die viele Menschen konkret betreffen – oft weit über den politischen Tagesbetrieb hinaus.

### Der Inhalt muss im Zentrum stehen

In einer funktionierenden Demokratie darf deshalb nicht das Parteilabel da-

rüber entscheiden, ob ein Anliegen Unterstützung verdient oder nicht. Massgeblich ist der Inhalt. Massgeblich ist die Frage, ob ein Vorschlag zur Lösung bestehender Herausforderungen beiträgt und dem Land insgesamt dient. Wer eine Position allein aufgrund ihres Absenders ablehnt, entzieht sich dieser Auseinandersetzung und ersetzt Argumente durch Reflexe.

Gerade für die Schweiz ist eine solche Haltung problematisch. Unsere politische Ordnung lebt vom offenen Meinungsstreit, vom Abwägen unterschiedlicher Perspektiven und vom gemeinsamen Ringen um tragfähige Lösungen. Initiativen und Referenden sind zwar auch Instrumente politischer Profilierung – vor allem aber sind sie Instrumente des Volkes. Sie verlangen eine ernsthafte Prüfung, nicht vorschnelle Einordnung.

### Beispiel 10-Millionen-Schweiz

Die aktuelle Diskussion rund um die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» zeigt dies exemplarisch. Im Kern steht eine grundlegende Frage: Wie viel Wachstum verträgt unser Land? Welche Auswirkungen hat es auf Infrastruktur, Wohnraum, Verkehr und Lebensqualität? Das sind Herausforderungen, die viele Menschen im Alltag unmittelbar wahrnehmen. Entsprechend verdienen sie eine sachliche und differenzierte Debatte.

Wer sich dieser Debatte mit dem Hinweis entzieht, die Vorlage stamme von einer bestimmten Partei, macht es sich zu einfach. Damit wird nicht nur eine politische Kraft zurückgewiesen, sondern zugleich die dahinterstehende Fragestellung ausgeblendet. Eine solche Verkürzung wird weder der

Komplexität des Themas noch dem Anspruch unserer Demokratie gerecht.

### Demokratie braucht Auseinandersetzung

Die Schweizerische Volkspartei ist Teil dieses demokratischen Prozesses. Ihre Vorstösse sind Angebote zur Diskussion – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie können überzeugt unterstützt oder klar abgelehnt werden, doch dies sollte auf der Grundlage von Argumenten geschehen, nicht aufgrund von Vorurteilen.

Wenn wir beginnen, politische Ideen primär nach ihrem Absender zu beurteilen, verengen wir den Raum für echte Auseinandersetzung. Der Wettbewerb um die besten Lösungen wird durch ein Gegeneinander von Lagern ersetzt. Damit verlieren wir genau jene Stärke, die die Schweiz auszeichnet: die Fähigkeit, unterschiedliche Positionen auszuhalten und daraus tragfähige Kompromisse zu entwickeln.

### Zurück zur Sachpolitik

Es ist daher angezeigt, zur sachlichen Debatte zurückzukehren. Argumente sind zu prüfen, Positionen kritisch zu hinterfragen und unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen. Die Zukunft unseres Landes ist zu bedeutend, um sie parteipolitischen Reflexen zu überlassen.



von  
**Sean Burgess**

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



**Verwaltungsgericht bremst Stadtzürcher Verkehrsexperimente**  
Stadtrat muss endlich zur Vernunft kommen

WISSENSWERTES AUS DEM KANTONS RAT

## Kantonsratspräsidium und Vizepräsidium

Am kommenden Montag findet die letzte Sitzung des Amtsjahres 2025/2026 statt. Mit Beginn des neuen Amtsjahres am 4. Mai 2026 übernimmt die SVP mit Romaine Rogenmoser erneut das Kantonsratspräsidium. Was genau ist das Ratspräsidium und welche Funktion erfüllt es?

Der Kantonsrat wählt jährlich aus seiner Mitte die Kantonsratspräsidentin oder den Kantonsratspräsidenten. Eine Wiederwahl ist nicht möglich, ausser wenn das Präsidium bei einem Ausfall des amtierenden Präsidenten während des Amtsjahres von einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten übernommen werden muss.

Die Kantonsratspräsidentin oder der Kantonsratspräsident leitet die Sitzungen des Kantonsrates, erteilt das Wort, verfügt gegenüber den Kantonsratsmitgliedern disziplinarische Massnahmen und übt während den Kantonsratssitzungen das Hausrecht aus. Ausserhalb der Sitzungen vertritt sie oder er den Kantonsrat gegen aussen und nimmt repräsentative Aufgaben wahr. Zudem präsidiert sie oder er die Geschäftsleitung, die Verwaltungsdelegation und die Informationsdelegation.

Ebenfalls jährlich wählt der Kantonsrat je eine Person für das erste und zweite Vizepräsidium. Nicht wählbar ist die abtretende Kantonsratspräsidentin oder der abtretende Kantonsratspräsident. Die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident übernimmt die Aufgaben der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten, sofern diese oder dieser abwesend ist, im Ausstand steht oder zur Sache sprechen will. Die zweite Vizepräsidentin oder der zweite Vizepräsident steht bei Bedarf als weitere Stellvertretung zur Verfügung.

Das Kantonsratspräsidium wird durch das Vizepräsidium sodann in unterschiedlicher Weise unterstützt. Dabei handelt es sich aber nicht um ein rechtliches Pflichtenheft, sondern um eine Praxis, die sich über die Jahre hinweg entwickelt hat.

## BRÜSSELER DRUCK STANDHALTEN

## Gotthard: Sicherheit ist keine Verhandlungssache

Die Reaktion aus Brüssel auf die verschärften Schweizer Sicherheitsvorschriften nach dem Gotthard-Gütertransport-Unglück ist so vorhersehbar wie befremdlich.



**Philipp Müller**  
Mitglied Schulpflege und  
designierter Gemeinderat  
Vize-Präsident SVP  
Oberrieden

Kaum setzt die Schweiz konsequent auf Sicherheit, wird ihr ein «Alleingang» vorgeworfen. Man reibt sich die Augen. Ein Zug entgleist im Gotthard-Basistunnel, verursacht durch einen Radbruch an einem Güterwagen aus Deutschland, mutmasslich infolge von Materialermüdung, richtet Schäden in dreistelliger Millionenhöhe an, laut SBB rund 150 Millionen Franken, und legt einen zentralen europäischen Verkehrskorridor lahm. Die Kritik richtet sich jedoch nicht gegen die Ursache, sondern gegen die Konsequenz. Die Schweiz verschärft die Vorschriften und wendet sie konsequent auf alle an, die ihre Infrastruktur benutzen, nicht nur auf Schweizer Material.

Genau hier liegt der fundamentale Unterschied zwischen der Schweiz und der EU. Während Brüssel mit Nachdruck auf Harmonisierung pocht, setzt die Schweiz auf das, was zählt: Sicherheit. Nicht auf dem Papier, sondern in der Realität.

## Das Risiko trägt die Schweiz

Wer ein Jahrhundertwerk wie den Gotthard gebaut und bezahlt hat, braucht sich von niemandem belehren zu lassen. Rund 12,2 Milliarden Franken hat der Tunnel gekostet, damit fast doppelt so viel wie die ursprüngliche und offenbar sehr ungenaue Prognose von 6,4 Milliarden Franken. Die Schweiz hat nicht nur dieses Geld investiert, sondern auch die Folgen des Unfalls direkt getragen – wirtschaftlich, logistisch und gesellschaftlich. Zwei Wochen war der Tunnel komplett gesperrt, danach war

über ein Jahr nur eine Röhre befahrbar. Einschränkungen, Umleitungen über die alte Bergstrecke und zusätzliche Belastungen der ohnehin überfüllten Strassen trafen ein Land, das bereits heute stark unter dem Transitverkehr auf dieser Achse leidet.

Bezahlt hat die Schweiz. Das Risiko trägt die Schweiz. Den Schaden hat die Schweiz. Soll sie sich beim Sicherheitsniveau am Minimum orientieren und auf eigene Verschärfungen verzichten?

Was sicherheitstechnisch richtig ist, führt systemisch zu Reibungen im internationalen Verkehr. Genau hier liegt der eigentliche Konflikt zwischen nationaler Verantwortung und europäischer Harmonisierung. Dass nationale Verantwortung in der Praxis höher gewichtet werden muss als Harmonisierung um jeden Preis, ist eine Frage des gesunden Menschenverstands.

## Erfahrung aus der Aviatik

Ein Blick in die Aviatik zeigt, wie wenig stichhaltig diese Forderung ist. Internationale Organisationen wie die International Civil Aviation Organization definieren weltweit geltende Mindeststandards und empfehlen Praktiken. Diese werden durch die nationale Gesetzgebung verbindlich umgesetzt. Staaten können darüber hinausgehen und etwa strengere Zulassungs- oder Überwachungsregeln für Airlines einführen. Das bedeutet sinngemäss, dass das Sicherheitsniveau nicht unterschritten werden darf, während Verschärfungen ausdrücklich zulässig sind.

Ein besonders eindrückliches Beispiel liefert der Absturz der ägyptischen Flash Airlines im Jahr 2004. Die Schweiz verweigerte dieser Airline die Einflugerlaubnis. Andere Länder, darunter Frankreich, hatten die Risiken nicht erkannt.

Das Ergebnis ist bekannt: 148 Tote auf einem Flug von Sharm El Sheikh nach Paris. Eine Nivellierung nach unten ist nicht nur falsch, sondern gefährlich. Fairerweise muss man festhalten, dass sich seit diesem Unglück zumindest der Informationsfluss deutlich verbessert hat. Während die globale Luftfahrt aus solchen Ereignissen lernt, ist dies im europäischen Bahnverkehr weniger konsequent der Fall.

Genau deshalb:  
NEIN zum EU-Vertrag

Dass nun ausgerechnet die EU der Schweiz Vorschriften machen will, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Die Deutsche Bahn ist längst zum Synonym für Verspätungen und Systemversagen geworden. Züge, die gar nicht fahren oder, wenn doch, mit massiver Verspätung unterwegs sind, prägen das Bild in einem der zentralen Länder des europäischen Bahnnetzes. Ist das das Vorbild, an dem sich die Schweiz orientieren soll?

Sicherheit ist kein politisches Verhandlungsthema. Sie ist eine Verpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber allen, die unsere Infrastruktur nutzen und finanzieren.

Der aktuelle Konflikt wirft zudem eine grundsätzliche Frage auf: Wollen wir wirklich in ein System eingebunden werden, in dem solche Entscheidungen künftig nicht mehr im eigenen Land, sondern von Brüssel aus getroffen werden? Die Diskussion rund um die sogenannten «Bilateralen III» steht damit im Raum. Wenn bereits heute eigenständige Sicherheitsmassnahmen kritisiert werden, stellt sich die Frage, wie dies erst in einem engeren institutionellen Rahmen aussehen soll.

## Sicherheit ist Verpflichtung

Die Schweiz hat richtig gehandelt. Sie hat aus einem konkreten Unfall gelernt und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Genau so funktioniert Verantwortung.

Wer das als «Alleingang» diffamiert, verkennt den Kern der Sache. Ein Alleingang liegt nur dann vor, wenn andere nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wenn die EU dieselben Standards übernimmt, erhält sie die von ihr geforderte Harmonisierung sofort.

Doch statt nach oben zu korrigieren, wird Druck nach unten ausgeübt. Genau das darf nicht passieren.

Die Schweiz hat die Pflicht, ihre Bevölkerung und ihre Infrastruktur zu schützen. Nicht Brüssel und nicht auf Druck von aussen. Hier darf kein Millimeter nachgegeben werden.



Die Schweiz hat aus einem konkreten Unfall gelernt und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Genau so funktioniert Verantwortung. Bild: SVP Kanton Zürich

Zuwanderung begrenzen, Armee stärken,  
Wohneigentum ermöglichen

Informationsabend zur Nachhaltigkeitsinitiative, zum Zivildienstgesetz und zur kantonalen Wohneigentums-Initiative (Abstimmung vom 14. Juni)

Öffentlicher Anlass

Montag, 11. Mai 2026  
19.15 Uhr

Ref. Kirchgemeindehaus  
Rösslirain 2, 8702 Zollikon



**Gregor Rutz**  
Nationalrat



**Benjamin Fischer**  
Nationalrat



**Sibylle Lehner**  
Rechtsanwältin

Alle sind herzlich willkommen - auch Nichtmitglieder!  
Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Apéro offeriert.

www.svp-zollikon.ch



## SVP USTER

Generalversammlung als Startschuss  
für ein klares JA am 14. Juni

Die Generalversammlung der SVP Uster – die wichtigste Mitgliederversammlung des Jahres – stand ganz im Zeichen des politischen Aufbruchs. Nach intensiven Monaten des Wahlkampfs nutzte die Partei diesen zentralen Anlass, um Bilanz zu ziehen, Danke zu sagen und geschlossen in die nächste entscheidende Phase zu starten: den Abstimmungskampf für den 14. Juni.

Mit grosser Dankbarkeit wurde der Einsatz der Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer gewürdigt. Ihr Engagement hat den erfolgreichen Wahlkampf überhaupt erst möglich gemacht. Gleichzeitig war spürbar: Die SVP Uster ist bereit, diesen Schwung mitzunehmen. Die Aufbruchstimmung zeigte sich auch konkret: Gleich drei Sympathisanten entschieden sich noch während der Versammlung spontan für eine Mitgliedschaft bei der SVP Uster.

Ein besonderer und emotionaler Moment war die Verabschiedung von Gemeinderat Hans Denzler. Nach vielen Jahren engagierter Arbeit tritt er in den wohlverdienten politischen Ruhestand. Seine Abschiedsrede machte jedoch unmissverständlich klar: Seine politische Stimme wird weiterhin Gewicht haben.

Für die inhaltliche Einordnung sorgte Gastreferent und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich. In seinem Referat zeigte er auf, dass die kommenden Abstimmungen richtungsweisend sind – für den Kanton Zürich ebenso wie für die ganze Schweiz.

Für die SVP Uster ist klar:

- JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»: Die unkontrollierte Zuwanderung überfordert unsere Infrastrukturen, zerstört unsere Natur, verdrängt unsere Kultur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nur ein JA kann diese Entwicklung noch stoppen.
- 2x NEIN zu den linken Wohn-Initiativen: Die Wohnschutz- und die Wohnungsinitiative bringen mehr staatliche Eingriffe, mehr Auflagen und mehr Unsicherheit. Linke Rezepte lösen keine Probleme, im Gegenteil! Das Hauptproblem der Wohnungsknappheit und der hohen Mieten ist die ungebremste Zuwanderung. Nur deren Begrenzung hilft.

Mit Geschlossenheit, neuer Energie und klaren politischen Botschaften startet die SVP Uster nach ihrer Generalversammlung in die entscheidende Phase – mit dem Ziel, am 14. Juni ein starkes Zeichen an der Urne zu setzen.

Daniel Schnyder,  
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Die Aufbruchstimmung in der SVP Uster ist deutlich spürbar.

Bild: zvg

## DIE PFLICHT, UNSERE KINDER ZU SCHÜTZEN

Was ist die Erde ohne den Menschen,  
ohne Familie, ohne Ethik?

Für die militante, woke Klimabewegung ist der Mensch eine Belastung für den Planeten, die Ursache allen Übels. Wir müssen Sorge tragen um unseren Planeten, und darin ist auch die Sorge um den Menschen enthalten.



**Maria Rita Marty**  
Alt Kantonsrätin SVP  
Volketswil

Ökologie leitet sich aus den griechischen Wörtern «oikos» (Haus, Haushalt, Wohnplatz) und «logos» (Lehre, Wissenschaft) ab. Haeckel definierte es als die «Lehre vom Naturhaushalt», welche die Wechselbeziehungen von Lebewesen zu ihrer Umwelt untersucht. Der Mensch gehört unumstritten auch zu den Lebewesen, wird jedoch von der Klimabewegung ausgeblendet. Der Klimabewegung geht es nicht um das Klima, sondern um viel mehr – dies haben mittlerweile wohl schon die meisten realisiert. Kinder, Familie, Gott, Grundwerte, Ethik, ja vor allem die SVP und alles, was die SVP vertritt, gehören zum Feindbild dieser Woken, die versuchen, unser Privatleben, unsere Wirtschaft, unsere Politik, ja alles auf schon fast terrorisierende Art zu beherrschen. Dies ist eine neue Religion, welche nichts Gutes will, wie wir nun schon mehrfach gesehen haben. In der Bibel steht: «An den Früchten erkennt man den Baum». Dieser Baum ist mehr als schlecht. Schauen wir uns doch einmal die Früchte dieser Woken an:

- Schutz von Kriminellen, insbesondere Pädokrinnen;

- Angriff auf die sexuelle Integrität von unseren Kindern. Sie gehen in die Schulen, um unsere Kinder mit verstörenden Inhalten zu bombardieren;
- Ausserkraftsetzung der Wissenschaft, so z.B. der Biologie. Sie behaupten, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt;
- Terror gegen Autofahrer, Bauern, SVP, Andersdenkende etc.;
- Steuern und Gebühren im Sinne eines Ablasshandels;
- Verachtung der Meinungsfreiheit: Nur ihre Meinung ist richtig, alles andere wird bekämpft.

Ich könnte die Liste um Seiten ergänzen, aber ich denke, wir kennen die Ziele und Taten dieser Bewegung nun schon zur Genüge. Niemand kann die Augen davor verschliessen. Auch sollte endlich der Geldfluss unter die Lupe genommen werden, denn schliesslich geht es um Milliarden, welche irgendwo verschwinden... und irgendwo ist kein guter Ort!

Wir können nicht länger zuschauen, was in der Bildung und in unserem «oikos» überall geschieht. Ich habe schon vor zehn Jahren davor gewarnt. Wir haben die Pflicht, unsere zukünftigen Generationen zu schützen und diese dem Einfluss dieser woken Bewegung zu entziehen, welche nicht für das Gute einsteht, sondern gänzlich das Gegenteil!

SVP MARTHALEN-BENKEN

## Erfolgreich verankert und bereit für neue Herausforderungen

Am 2. April 2026 fand traditionsgemäss am Gründonnerstag die Generalversammlung der SVP-Ortssektion Marthalen-Benken im Stubensaal in Marthalen statt. Über 40 Mitglieder nahmen teil. Präsident Björn Hug begrüsst die Anwesenden, darunter den Kantonsrat Paul Mayer sowie den Gemeindepräsidenten von Marthalen, Matthias Stutz.

Im statutarischen Teil wurden die ordentlichen Geschäfte behandelt und Sektionspräsident Björn Hug blickte auf das Parteijahr 2025 zurück, unter anderem auf die bewährten Anlässe wie den Töffli-Ausflug und den gemeinsamen Herbstausflug mit den Sektionen Rheinau und Trüllikon.

### Erfolgreiche Behördenwahlen

Einen Schwerpunkt des Rückblicks bildeten die Gemeindevahlen. Nach anspruchsvoller Kandidatensuche konnte die SVP beachtliche Erfolge erzielen: In Benken wurde mit Lukas Wernli ein drittes SVP-Mitglied in den Gemeinderat gewählt. Zusammen mit Beat Schmid (Gemeindepräsident, im Amt bestätigt) und Peter Studer ist die Partei damit gestärkt vertreten. In Marthalen ergänzt neu Adriano Mercurio den Gemeinderat, gemeinsam mit Matthias Stutz (Gemeindepräsident, ebenfalls im Amt bestätigt) und Hans Weidmann. Gleichzeitig wurden die Rücktritte von Susanne Friedrich und Gilbert Mäder verankert.

Auch in der Schulpflege konnten Erfolge erzielt werden: In Marthalen wurde mit Melanie Stutz eine junge Kandidatin in die Primarschulpflege gewählt. In der Sekundarschulpflege Kreis Marthalen wurde Nadine Leus (SVP Trüllikon) bestätigt. Bedauerlicherweise konnte der Sitz des zurückgetretenen Werner Keller nicht wiederbesetzt werden.

Präsident Björn Hug dankte allen Gewählten und Zurückgetretenen für ihr Engagement zugunsten des Gemeinwohls und der politischen Arbeit der SVP.

### Es geht spannend weiter

Ein Ausblick auf das Parteijahr 2026 wurde von Diana Fisler, verantwortlich für Anlässe, präsentiert. Zu den Höhepunkten zählt eine öffentliche Abendveranstaltung am 13. Juni zum EU-Unterwerfungsvertrag mit Referaten von

Nationalrätin Barbara Steinemann, Bezirksparteipräsident Stefan Stutz sowie Gemeindepräsident Matthias Stutz. Im Anschluss ist eine Live-Übertragung eines WM-Spiels der Schweizer Fussballnationalmannschaft mit Festwirtschaft geplant. Der Anlass wird gemeinsam mit den Sektionen Rheinau und Trüllikon durchgeführt.

Weitere Programmpunkte sind der traditionelle Töffli-Ausflug am 23. Mai sowie ein besonderer Anlass im Herbst: Das SVP-Schiessen 2026 ist dieses Jahr in Marthalen zu Gast. Es wird in Zusammenarbeit mit dem Militärschiessverein Marthalen und der SVP des Bezirks Andelfingen an drei Tagen (12., 26. und 27. September) durchgeführt. Erwartet werden zahlreiche Schützinnen und Schützen sowie Besucherinnen und Besucher. Neben dem Schiessbe-

trieb ist eine Festwirtschaft mit Unterhaltung und Musik vorgesehen. Infos dazu werden laufend auf der Sektions-Homepage [svp-marthalen-benken.ch](http://svp-marthalen-benken.ch) aktualisiert.

Für sämtliche Anlässe wird die Unterstützung der Mitglieder benötigt; entsprechende Helferaufträge wurden lanciert. Zudem stehen im Jahr 2026 organisatorische Themen im Fokus, insbesondere die Neuausrichtung des Vorstands aufgrund des angekündigten Rücktritts des Kassiers sowie die aktive Unterstützung kommender Wahlkämpfe auf kantonaler und nationaler Ebene.

Die Versammlung klang in geselliger Atmosphäre bei einem gemeinsamen Essen und angeregten Gesprächen aus.

Diana Fisler,  
Vorstand SVP Marthalen-Benken



Unsere Behördenvertreter (v.l.n.r.): Hans Weidmann (Gemeinderat Marthalen, bestätigt), Melanie Stutz (Primarschulpflege Marthalen, neu), Oliver Diethelm (Primarschulpflege Marthalen, zurückgetreten), Susanne Friedrich (Gemeinderätin Marthalen, zurückgetreten), Matthias Stutz (Gemeindepräsident Marthalen, bestätigt), Adriano Mercurio (Gemeinderat Marthalen, neu), Lukas Keller (Gemeinderat Benken, neu), Werner Keller (Sekundarschulpflege Kreis Marthalen, zurückgetreten). Es fehlen: Gilbert Mäder (Gemeinderat Marthalen, zurückgetreten), Beat Schmid (Gemeindepräsident Benken, bestätigt), Peter Studer (Gemeinderat Benken, bestätigt). Bild: zVg

GLAUBWÜRDIGKEIT STÄRKEN

## Schweizerische Neutralität

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens war seit je unruhig. Drei Religionen prallen dort aufeinander. Neuestens besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt kriegerisch ausweitet. Denn es geht um den gefährdeten Nachschub von Erdöl. Dieser wichtige Rohstoff dient nicht nur zum Heizen, sondern ist auch der Grundstoff für Textilien, wertvolle Kunststoffe aller Art und auch Elektrizität.



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Präsident Donald Trump ist kein strategischer Typ, er handelt im Moment. Sehr wohl eine Strategie haben aber sowohl die US-Streitkräfte als auch – und erst recht – jene von Israel. Sie wollen erstens den Iran von Raketen und Drohnen entwarnen. Und zweitens die oberste Führung des Irans ausschalten. Wie weit beides gelingt oder gelungen ist, bleibt abzuwarten.

Wenigstens ist eine solche Kriegsführung humaner als 1945 – zum Beispiel die Bombardierung von Dresden oder die Atombombenabwürfe auf zwei japanische Städte. Man hofft, dass im Iran die Opposition eine neue Re-

gierung bildet. Präsident Trump hat diesen Regimewechsel ausdrücklich zum Ziel erhoben. Nur ist auch dieses weniger leicht zu erreichen als erhofft.

Es bleibt nur zu hoffen, dass angesichts der sich ausbreitenden Kriegsgefahr bei uns der Hinterste und Letzte merkt, wie wichtig die schweizerische Neutralität ist. Ausdrücklich: die schweizerische, also die immerwährende, bewaffnete und umfassende (integrale) Neutralität, die auch die nicht militärischen Zwangsmassnahmen (Wirtschaftsboykotte, diplomatische Zwangsmassnahmen usw.) ausschliesst. Die Golf-Staaten haben sich im Irankrieg auch sofort neutral gegeben. Aber glaubwürdig ist diese Neutralität nicht, wenn dort gleichzeitig die USA militärische Stützpunkte und Marine-Häfen unterhalten. Umso mehr muss unsere Neutralität wieder glaubwürdig werden.



Eine klare und glaubwürdige Neutralität schützt unser Land vor fremden Konflikten.

Bild: neutralitaet-ja.ch

NEIN ZUR 10-MILLIONEN-SCHWEIZ

## Die Augen vor der Realität verschlossen – jetzt braucht es eine Kehrtwende!

Es ist schon bemerkenswert, wie SP-Nationalrätin Jacqueline Badran im Interview mit CH Media und auch in ihrem Auftritt in der SRF Arena (beide vom 10. April 2026) jeden Zusammenhang zwischen der hohen Zuwanderung in die Schweiz und der Wohnungsknappheit bestreitet. Zu behaupten, steigende Mieten hätten nichts damit zu tun, widerspricht nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern auch den Fakten.



Anita Borer  
Kantonsrätin SVP  
Uster

Wer das Problem lösen will, muss die Ursache angehen, nicht die Symptome. Die Nachhaltigkeits-Initiative setzt genau dort an: Sie begrenzt die Zuwanderung auf ein gesundes Mass und schützt damit unsere schöne Schweiz.

Allein 2024 sind netto über 87 000 Personen in die Schweiz eingewandert. Diese Menschen brauchen Wohnraum. Die Nachfrage steigt, und zwar massiv. Seit 2000 gibt es 1,3 Millionen Wohnungen mehr in der Schweiz – und trotzdem fehlt Wohnraum. Warum? Weil die Nachfrage durch die unkontrollierte Zuwanderung zu schnell wächst. Vier von fünf neuen Wohnungen entstehen genau aus diesem Grund.

Die Folge ist offensichtlich: Grünflächen verschwinden. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Land verbaut – und trotzdem reicht der Wohnraum nicht. Das ist keine nachhaltige Entwicklung, sondern eine Endlosspirale, die die Mieten in die Höhe treibt und die Lebensqualität von uns allen minimiert.



Jetzt mitmachen und Nachhaltigkeitsinitiative unterstützen

Newsletter anmelden

Jetzt Spenden

Fahne bestellen

Unterstützer werden

### Podiumsdiskussion Nachhaltigkeits-Initiative & EU-Rahmenvertrag

**Samstag, 2. Mai 2026, Turbenthal**  
Lindehus Turbenthal, Lindenweg 2  
ab 10.00 Uhr

**Tobias Weidmann**  
Kantonsrat,  
Fraktionspräsident

**Viviane Kägi**  
Angehende Kantonsrätin, Co-Präsidentin GLP Bez. Winterthur

**Rahel Fritschi**  
Präsidentin SVP Bez. Winterthur

**Begrüssung Daniel Wunderli**  
Gemeinderat SVP, Turbenthal

**Nico Gebbs**  
Präsident Die Mitte Winterthur Nord

**Die Mitte**  
Kanton Zürich

## Fadegrad



von Tobias Infortuna

## Blasse Banknoten

Neulich wurde bekannt, wie die neuen Schweizer Banknoten aussehen werden. Viele Leute waren enttäuscht, kommen die neuen Scheine doch etwas gar blass daher. Dafür gibt es aber eine Erklärung. Die Entstehung muss nämlich folgendermassen ausgesehen haben: Die Gestaltung der Geldscheine gibt der Bankrat der Nationalbank in Auftrag. Immer wenn das der Fall ist, läuten die Telefone Sturm. Als erster meldete sich wie immer Roger Schawinski. Dessen Forderung, eine 24 Franken-Note einzuführen, blieb aber auch in diesem Jahr chancenlos. Aufgeschlossener zeigte sich der Bankrat gegenüber den Bundesräten. Diese sähen ihre Gesichter gerne auf den Geldscheinen. Doch da begann das Problem: Es gibt nur sechs Noten, einer der Bundesräte hätte also verzichten müssen. Ein nicht namentlich genannter wüster Handgemenge. Danach einigte man sich, die sechs abzubildenden Bundesräte mittels des Spiels «Schere, Stein, Papier» zu küren. Alle anderen Spiele ausser Kinderspiele kamen nicht infrage, weil sie dem Bundesrat aus Basel zu kompliziert waren. Und einen Jass klopfen ging sowieso nicht, denn eine ebenfalls anonym gebliebene wollende Bundesrätin aus dem Welschland weigerte sich, mit Karten zu spielen, auf denen keine Unterinnen, Oberinnen und Königinnen abgebildet waren. Bei der ersten Runde von Schere, Stein, Papier schied einer der Bundesräte aus, weil jemand mit einer richtigen Schere spielte und damit einen Mitspieler verletzte, der folglich davoneilen musste, um sich verarzten zu lassen. Das Problem der Überzahl hatte sich also erledigt. Nun ging das Theater aber erst richtig los: Jeder wollte auf der Tausendernote abgebildet werden, bis jemand sagte, die kleinen Noten würden häufiger durch die Hände der Bevölkerung gehen. Und die Bundesrätin aus dem Welschland forderte auf mindestens drei Noten das Bild einer Frau. Dann kamen auch noch die Farben ins Spiel. Pro Person oder pro Partei eine Farbe? Das Chaos war perfekt. Ein paar Bundesräte wollten sich sofort der EU anschliessen, um die Diskussion durch die Übernahme des Euro zu beenden. Wieder andere hätten das Bargeld gleich ganz abgeschafft, wenn es neulich durch eine Volksabstimmung nicht in der Verfassung verankert worden wäre. Immer diese störenden Demokratie! Aus Freude und Erleichterung darüber, dass das Volk immerhin bei der Gestaltung der Banknoten nicht mitreden darf, einigte man sich schlussendlich auf einen Kompromiss: Die Noten sollten so aussehen, dass sie den Bundesrat perfekt widerspiegeln, ohne aber dessen Köpfe zu verwenden: So kam es, dass die neue Serie blass, fast farblos und sehr langweilig daherkommt.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG DER STADTZÜRCHER SVP-GEMEINDERATSFRAKTION

## Entschädigungsverordnung des Gemeinderats: Nein zu unnötigen Erhöhungen der eigenen Bezüge im Städtzürcher Parlament

An der allerletzten Ratssitzung der Legislaturperiode hat der Rat über massive Änderungen der eigenen Entschädigungen für die Parlamentstätigkeit entschieden.

Folgende Gründe sprechen gegen diese Vorlage:

### Das Volk hat sich für den «Status quo» entschieden

Erst im Vorjahr lehnte die Zürcher Stimmbewölkerung mit 45350 zu 39881 Stimmen eine Änderung der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats ab.

### Respektierung des Volksentscheids

Kaum war die Abstimmung durch, wurde bereits an einer neuen Vorlage gearbeitet, als hätte es diesen Entscheid an der Urne nie gegeben.

### Milizparlament erhalten

Das städtische Parlament und seine Kommissionen tagen in der Regel am

Abend und die Entschädigungen sind kein Lohn. Das Milizparlament darf nicht zu einem Berufsparlament oder Teilzeitamt mit hohem Einkommen verkommen.

### Entschädigungen sind bereits top

Im Vergleich mit anderen Städten oder mit anderen Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich sind die heutigen Sitzungsgelder und auch die Pauschalentschädigungen bereits Spitze. Es besteht deshalb kein Bedarf für eine Erhöhung.

### Nein zu fast 50 Prozent Aufschlag bei Kommissionssitzungen

Mit der neuen Regelung würde ein Kommissionsmitglied 190 Franken (bisher 130 Franken) für eine Sitzung bis maximal zwei Stunden erhalten. Die Sitzungs-

leitung erhält das Doppelte, das heisst für eine Sitzung von einer Dauer von z.B. einer Stunde 380 Franken, unabhängig ob virtuell oder physische Sitzung.

### Nein zur Fast-Verdoppelung der Pauschale

Die monatliche Pauschale soll von 260 auf 500 Franken drastisch angehoben werden. Diese wird auch ausbezahlt, wenn man an keiner Sitzung teilgenommen hat. Es besteht kein Handlungsbedarf für eine Erhöhung.

### Hohe Entschädigungen sind falsche Anreize

Wer für den Gemeinderat kandidiert, soll dies aufgrund des Mandates und der politischen Tätigkeit und keinesfalls aufgrund einer (viel zu) hohen Entschädigung tun.

### Neues Entschädigungssystem komplizierter

Mit den neuen unterschiedlichen Stundenansätzen werden die Entschädigungen komplexer und Abrechnungen erfolgen im 15-Minuten-Takt.

### Unsozial für kleine Parteien und Parteilose ohne Fraktion

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, werden doppelt bestraft. Einerseits haben sie – weil sie nicht in den Kommissionen vertreten sind –

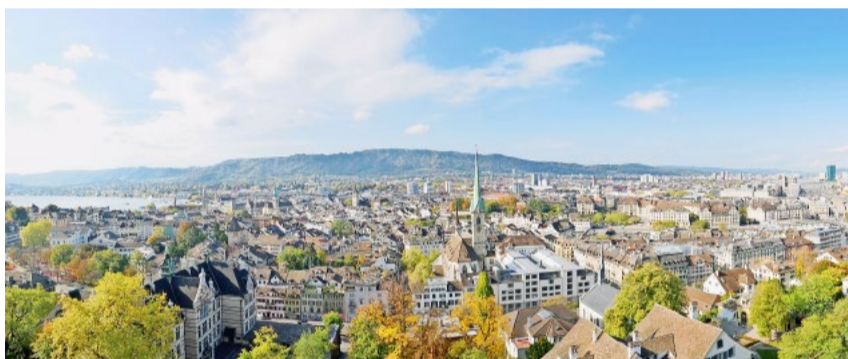
einen zusätzlichen Mehraufwand für die Ratssitzungen. Andererseits erhalten sie nur die «tieferen» Sitzungsgelder des Rats und profitieren nicht von den exorbitanten Kommissionsentschädigungen.

### Gemeinderatsmandat ist sehr begehrt

Bei den Wahlen 2026 kandidierten 1081 Personen für das Stadtparlament und damit mehr als in den vergangenen Wahlen 2022 und 2018. Das Amt ist attraktiv und begehrt.

### Fazit

Es besteht absolut kein Handlungsbedarf für eine Erhöhung. Es gilt, den Willen des Volkes zu respektieren, das sich im Vorjahr gegen eine Erhöhung und für die bisherige Regelung ausgesprochen hat. Bereits heute sind die Entschädigungen höher als in den vergleichbaren Parlamenten. Der Gemeinderat soll ein Milizparlament bleiben. Die neue Regelung ist unsozial (Benachteiligung von Fraktionslosen), nicht nachvollziehbar (Ratssitzung weniger Wert als eine Kommissionssitzung), bürokratischer (u.a. Versicherungen wie in einem Berufsparlament) und es genügt, das mutmasslich teuerste kommunale Parlament der Schweiz zu sein. Mit den neuen Sitzungsgeldern wäre dies ein Jahreslohn (bei einer Vollzeitstelle gemäss BFS-Kennzahlen 2024 hochgerechnet) von 127'330 Franken für die Ratssitzungen und für die Kommissionssitzungen von 172'805 Franken.



Erst im Vorjahr lehnten die Zürcherinnen und Zürcher eine Änderung der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats ab.

Bild: Pixabay

## AUS DEM WÄDENSWILER GEMEINDERAT

## Durchgezogene Bilanz der Wädenswiler Gemeindewahlen

Verglichen mit dem für die SVP landläufigen Trend kann das Wahlergebnis der Stadt Wädenswil auf einer Skala von 1 (völlig unzufrieden) bis 8 (ausserordentlich zufrieden) nach einer ersten Bilanz höchstens mit einer 6 bewertet werden.



Charlotte M. Baer  
Gemeinderätin und  
Fraktionspräsidentin SVP  
Wädenswil

Am 12. April 2026 sind die Würfel gefallen. Die SVP als bisher schon stärkste Partei konnte ihren Wähleranteil um weitere 2,6 Prozentpunkte auf neu 24,5 Prozent steigern. Ansonsten ändert sich aber wenig.

### Bestandessicherung im Gemeinderat

Im Gemeinderat konnte die SVP ihre acht von insgesamt 35 Sitzen behalten. Damit bleibt sie die stärkste Fraktion. Wegen der Rundungsregel blieb ein neunter Sitz aus. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass das Bürgerliche Forum für ein positives Wädenswil mit einer eigenen Liste angetreten war und zwei Sitze ergatterte. Gleichwohl reicht es gesamthaft nach wie vor nicht für eine klare bürgerliche Mehrheit: Während die FDP auf sechs Sitze kommt, halten Die Mitte, Grüne und SP je fünf Mandate sowie EVP und GLP je zwei. Die Mitte, EVP und GLP werden demnach auch in Zukunft das Zünglein an der Waage spielen.

Betrachtet man die Panaschierstatistik für den Gemeinderat, ist allerdings erfreulich, dass insbesondere die FDP, aber auch die GLP, die Kandidierenden der SVP recht häufig unterstützt haben.

### Bürgerliches Stadtpräsidium

Auch dank tatkräftiger Mitunterstützung der SVP ist das Wädenswiler Stadtpräsidium mit Christof Wolfer von der FDP bereits nach dem ersten Wahlgang wieder in bürgerlicher Hand. Er löst

den zurückgetretenen Stadtpräsidenten Philipp Kutter (Die Mitte) ab. Die beiden anderen für das Präsidium kandidierenden von den Grünen beziehungsweise von der SP landeten weit abgeschlagen auf den Rängen zwei beziehungsweise drei.

### Weiterhin keine SVP-Vertretung in der Exekutive

Kantonsrätin Christina Zurfluh Raefel, die um den einzigen freierwerbenden Sitz in der Exekutive gekämpft hatte, erreichte zwar das absolute Mehr, schied indessen als überzählig aus. Weshalb der politisch erfahrenen SVP-Kandidatin, die mit ihrem wirtschaftlichen, finanziellen und strategischen Know-how das Anforderungsprofil eines Stadtratsmitglieds in geradezu idealer Weise erfüllt hätte, der Sprung in die Exekutive nicht gelang, werden Vorstand und Wahlkommission gründlich analysieren müssen. Das erfolglose Abschneiden befremdet auch deshalb, weil die SVP auf Betreiben der FDP eine Zusammenar-

beit, teilweise auch mit dem eher bürgerlich politisierenden GLP-Stadtrat, vereinbart hatte.

Das Rennen machte schliesslich Martin Bislin von der Mitte-Partei. Sein rekordverdächtig hohes Wahlergebnis direkt hinter dem designierten Stadtpräsidenten wirft die Frage auf, ob er, trotz Zusammenarbeitsvereinbarung, von der FDP und der GLP faktisch doch stärker unterstützt worden ist als die SVP-Kandidatin. Da Bislin innerhalb der Mitte-Partei eher im bürgerlichen Sektor anzusiedeln ist, kann nicht von einer brei-

### Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

ten Unterstützung durch Linksrün ausgegangen werden. Damit wird die SVP zum wiederholten Mal in Folge nicht in der Wädenswiler Stadtregierung vertreten sein. Denn nach dem Parteiaustritt von Heini Hauser im Jahr 2021 ein Jahr vor seinem angekündigten Amtsende ist es der SVP auch bei den Wahlen 2022 nicht gelungen, einen Exekutivstanz zu erobern.

Hadern bringt nichts! Vorstand und Wahlkommission werden sich in Kürze zusammenfinden, um die Lehren für die Wahlen 2030 zu ziehen. Sicher sind Allianzen mit anderen (bürgerlichen) Parteien inskünftig noch kritischer zu hinterfragen; ein Verzicht darf und soll eine reelle Option sein.

Die Stimm- beziehungsweise Wahlbeteiligung betrug lediglich um die 37

Prozent. Zu eruieren ist, wie Nichtwählende deutlich stärker zu einem Urnengang motiviert werden können. Immer wieder ist deutlich vernehmbar, was die Menschen auch in Wädenswil umtreibt: Wohnungsknappheit für Wä-

«Es gilt nun, die richtigen Schlüsse für die Wahlen 2030 zu ziehen.»

denswilerinnen und Wädenswiler, zu hohe Ausgaben für das Asylwesen, überlastete Hauptverkehrsachsen, ein zu aufgeblähter Verwaltungsapparat, hohe Steuern und vieles mehr – alles Missstände, gegen welche die SVP ankämpft und deren Hauptursache die Massenzuwanderung ist! Offenbar ist es aber immer noch bequemer, einfach nur herumzumotzen, anstatt alle vier Jahre ein Wahlcouvert in den nächstgelegenen Briefkasten zu werfen – von einem aktiven politischen Engagement erst gar nicht zu reden.



Allianzen mit anderen (bürgerlichen) Parteien sind inskünftig noch kritischer zu hinterfragen; ein Verzicht darf und soll eine reelle Option sein. Bild: Adobe Stock

## ARGUMENTE BRAUCHEN GEGENWIND

## Mehr Widerspruch bei Abstimmungsveranstaltungen

Landauf und landab organisieren die SVP-Ortssektionen und weitere Gremien Informationsanlässe zur dringend notwendigen «Nachhaltigkeits-Initiative», über die wir am 14. Juni 2026 abstimmen werden, und bereits auch zum unsäglichen EU-Unterwerfungsvertrag.

Leider werden als Referenten zu den meisten Veranstaltungen nur uns bereits bekannte Befürworter der Initiative bezeichnenderweise Gegner des Unterwerfungsvertrages aus unseren Reihen eingeladen. Mir ist bewusst, dass es nicht einfach ist, Gegner unserer Positionen aus dem Links-Grün-Mitte-Spektrum bei Podien auf die Bühne zu bringen.

Um jedoch den Wirkungsgrad unserer Anstrengungen zu erhöhen und weitere Kreise von Stimmberechtigten als

nur unsere eigenen zum Thema zu sensibilisieren, sind zu jeder Abstimmungsveranstaltung unbedingt auch Gegner unserer Positionen einzuladen. Damit wären wir auch für die Medien eher einige Zeilen wert und könnten weitere Politikinteressierte für den richtigen Entscheid gewinnen.

Hans-Peter Meier,  
Alt Gemeindepräsident SVP,  
Wila

## LESERBRIEF

## Keine 10-Millionen-Schweiz – es reicht!

Die Kriminalität explodiert überall. Und wir sollen das einfach schlucken? Uns reicht es endgültig.

Die offizielle Statistik ist eine Farce, sie lügt. Warum? Weil unzählige Bürger keine Anzeige gegen Unbekannt mehr machen. «Bringt ja eh nichts», heisst es überall. Die Kantonspolizei Zürich hat mir die Augen geöffnet: Ohne Anzeige gibt es keine Ermittlung. Ohne Anzeige taucht die Tat nicht in der Statistik auf. Die Folge: Die Realität wird schöngeredet, die Probleme vertuscht. Deshalb: Anzeigen, immer, auch gegen Unbekannt. Nur so steigt der Druck auf Bern.

Mein Fall beweist es: Letzten Herbst wurde ich mitten am Hauptbahnhof Zürich von einer dunkelhäutigen Frau attackiert. Ja, Sie lesen richtig: dunkelhäutig und erst noch eine Frau.

Ich wollte um 08.00 Uhr zu meiner Schwester ins Bernbiet. Am Gleis bildete sich eine ordentliche Schlange. Zuerst liessen wir die Leute aussteigen, wie es sich gehört. Nur eine Frau mit Koffer hielt sich für etwas Besseres. Sie drängte sich frech vor. Als ich sie aufforderte, sich hinten anzustellen wie alle anderen auch, eskalierte sie sofort. Rabiate Beleidigungen, dann der Schlag: Ihr Ellbogen krachte in meine Rippen. Ich fuhr trotzdem zu meiner Schwester. Die Schmerzen wurden über Nacht so stark, dass mein Hausarzt mich zum Röntgen schickte. Keine Brüche, zum Glück. Aber ich lasse mir Gewalt nicht bieten. Schon gar nicht von fremdländischen Frauen, die null Respekt vor unseren Regeln haben.

Zwei Tage später rief ich die Kantonspolizei Zürich an. Ich wollte die Täterin anzeigen. Videoaufnahmen? Fehlangezeigt. Antwort der Polizei: «Sorry, wurde

vor 1,5 Stunden automatisch gelöscht.» Unglaublich! Beweise werden vernichtet, während die Täter frei herumlaufen. Das ist Täterschutz, kein Datenschutz. Diese Aufnahmen müssen länger gespeichert werden. Punkt.

Auch ich dachte früher: Anzeige gegen Unbekannt bringt nichts. Falsch. Der Polizist sagte es klipp und klar: Was nicht angezeigt wird, wird nicht verfolgt und nicht gezählt. Die Kriminalstatistik wird so bewusst verwässert. Die wahren, prekären Zustände werden unter den Teppich gekehrt. Darum: Anzeigen, jedes Mal. Nur das zwingt die Politik zum Handeln.

Kriminelle Asylanten müssen ohne Wenn und Aber ausgeschafft werden. Bundesrat Beat Jans, wann liefern Sie endlich? Es ist unerträglich, wie viele angebliche «Fachkräfte» aus dem Ausland im Verkauf und anderswo komplett überfordert sind, unsere Sprache nicht verstehen, z.T. keine Ahnung von der Arbeit haben und obendrauf noch dreist sind. Diese Jobs könnten Schweizer besetzen – auch Ältere, die gerne Teilzeit arbeiten würden und topfit sind.

Unsere Forderungen als Schweizerinnen und Schweizer sind klar: Schluss mit der 10-Millionen-Schweiz. Es braucht eine sofortige, harte Zuwanderungsbremse. Nur noch echte Fachkräfte, die wir nachweislich brauchen und die hier arbeiten wollen. Alle anderen: raus. Wer nicht hierhergehört, hat zu gehen.

Wir verlangen Schutz und Sicherheit für unser Volk, jetzt! Und dichte Grenzkontrollen. Es kommen zu viele und es kommen die Falschen.

Regula Hiltbrand,  
Au ZH

## VON BAUZONEN UND VERSIEGELTEN FLÄCHEN

## Bauen ausserhalb der Bauzone wird schwieriger

An der Delegiertenversammlung der Zürcher Planungsgruppe Weinland (ZPW) in Andelfingen informierte Annette Spörri über die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes (RPG) ausserhalb der Bauzonen. Gerade im landwirtschaftlich geprägten Weinland hat dies spürbare Auswirkungen.

RoMü. «Heute Abend darf ich einmal nicht über Bauzonen, in denen man bauen kann, referieren, sondern über Zonen, in denen kaum gebaut werden kann», führte Annette Spörri jüngst an der Delegiertenversammlung der ZPW aus. Sie ist als Regionalplanerin im Amt für Raumentwicklung (ARE) für das Weinland zuständig. Im Kanton Zürich muss nun auch das Raumplanungsgesetz (RPG) umgesetzt werden. «Hier geht es um das Bauen ausserhalb der ordentlichen Bauzonen», rief Annette Spörri in Erinnerung. Bei der Bundesvorgabe handelt es sich um einen eingebrachten Gegenvorschlag zur Landschaftsschutzinitiative, der 2023 durch das Parlament verabschiedet wurde. Dieser verlangt, dass die Zahl der Gebäude im Nichtbaugelände und die Fläche der Bodenversiegelung in den Landwirtschaftszonen stabilisiert werden müssen. Gemäss Spörri setzt der Bund das Gesetz gestaffelt am 1. Januar und 1. Juli 2026 in Kraft. Nun stehen die Kantone in der Pflicht, ihre Gesetzgebung und die verschiedenen Verordnungen anzupassen, um die Bundesvorgaben umzusetzen.

Spörri verwies dabei auf das Stabilisierungsziel, welches strikt einzuhalten ist, wobei die Zunahme der Gebäudezahl und versiegelten Fläche maximal zwei Prozent betragen darf. Werden diese zahlenmässigen Vorgaben nicht eingehalten, so müssen sie eins zu eins kompensiert werden. Dafür müssen die

Kantone eine Stabilisierungsstrategie festlegen. «Die Kantone sind dabei verpflichtet, dem Bund regelmässig im Rahmen eines Monitorings Bericht zu erstatten», führte Spörri aus. Zudem müssen nun bei sämtlichen Baubewilligungen für Bauten ausserhalb der Bauzonen auch zusätzlich die versiegelten Flächen erfasst werden. An der jüngsten Delegiertenversammlung des Zürcher Bauernverbandes (ZBV) in Eglisau äusserte sich auch Geschäftsführer Ferdi Hodel zu den neuen Vorgaben. Für den ZBV bleiben verschiedene Sachbereiche ungelöst. «Es fehlen Richtlinien zur Festlegung von Geruchsemissionen und die Realisierung von Unterkünften für saisonal Beschäftigte ist generell nicht geregelt», sagte Hodel vor den über 300 Delegierten und Gästen.

### Noch 817 Gebäude und 520 000 m<sup>2</sup>

Gemäss Spörri muss nun auch der Kanton Zürich ein Stabilisierungssystem vorlegen, wobei für die Zahlen der versiegelten Fläche der 29. September 2023 als Stichtag gilt. «Der Referenzwert bei den Gebäuden liegt bei 40 807 Bauten, sodass maximal zusätzlich 817 Gebäude noch zulässig sind», rief Spörri in Erinnerung. Zugleich muss als zweiter Wert beachtet werden: Aktuell sind 2594 ha versiegelt, was bedeutet, dass noch maximal 52 ha versiegelt werden dürfen. Werden diese Werte aber nicht eingehalten, so müssen sie durch Rückbauten in der Landwirtschaftszone kom-

pensiert werden. Diese neuen Vorgaben bedingen nun Anpassungen im kantonalen Richtplan. Auch beim kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) sind vorbehaltlich von politischen Entscheidungen Stabilisierungsmassnahmen geplant. So sind die Grundsätze für Abbruchprämien zu regeln. Zugleich wird es auch Änderungen bezüglich der Aufgabenteilung bei nachträglichen Baugesuchsverfahren zwischen Gemeinden und Kanton geben. Neu wird der Kanton Zürich für die Verfügung von Rückbauten in der Landwirtschaftszone sowie der korrekten Nutzung von Bauten in der Landwirtschaftszone zuständig sein. Hodel zeigte sich erfreut, dass eine Kompensation von Gebäude gegen Gebäude möglich sein wird und die Flächenkompensation bei landwirtschaftlichen Gebäuden wegfällt.

Die öffentliche Vernehmlassung ist im Frühling 2027 geplant. Spörri machte deutlich, dass diese neuen Vorgaben das Bewilligungsverfahren weiter belasten, indem zusätzlich auch die bei Bauten anfallende versiegelte Fläche erfasst werden muss. Aufgrund einer Frage machte Spörri aber geltend, dass eine Liegenschaft wie beispielsweise ein Hühnerhaus mit einer Mindestfläche von sechs Quadratmetern als anrechenbare Baute gilt. Wird eine Liegenschaft ausserhalb der Bauzonen zurückgebaut, so leisten der Bund und der Kanton eine Abbruchprämie, damit der Weg für einen Neubau frei wird.



Im Kanton Zürich können seit dem 29. September 2023 ausserhalb der Bauzonen nur noch 817 Gebäude gebaut und maximal 520 000 m<sup>2</sup> Boden versiegelt werden.

Bild: RoMü

## SVP WEININGEN

## Keine 10-Millionen-Schweiz!

Am Dienstagabend, 7. April 2026, kurz nach 20.00 Uhr, eröffnete Sektionspräsident Roman Fleisch den SVP-Stamm im gemütlichen Schössli in Weiningen. Zahlreiche Gäste und Mitglieder der Ortspartei waren erschienen, um gemeinsam einen informativen Abend zu verbringen.

Den Auftakt machte SVP-Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann mit einem fundierten Vortrag zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Seine klaren und spannenden Ausführungen wurden aufmerksam verfolgt. In der anschliessenden Fragerunde beantwortete er geduldig alle Fragen. Als kleines Dankeschön für seine grossartige Präsentation erhielt Tobias Weidmann einen guten Tropfen aus Weiningen – ein Zeichen der Wertschätzung, das sehr gut ankam.

Im Anschluss knüpfte Gemeindepräsident Mario Okle an die Ausführungen seines Vorredners an. Er erklärte ausführlich, welche Bedeutung die Vorlage konkret für unsere Gemeinde hat und stellte dabei die aktuelle Situation dar. Seine Worte gaben wertvolle Einblicke in die lokalen Auswirkungen und sorgten für grosses Interesse unter den Anwesenden.

Der Vorstand  
der SVP Weiningen



Roman Fleisch (r.) verdankte Tobias Weidmann mit einem guten Tropfen aus Weiningen.

Bild: zVg

## Einladung -



1. Mai 2026 zum Grill Plausch  
ab 11.30 Uhr

Bauernhof Im Basi, Alte Kindhauserstr. 9,  
Dietikon bei Kurt + Elsbeth Bräm

Details unter: <https://SVP-Dietikon.ch> / Agenda / Termine

Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten!

Ab 13.00 Uhr Gastredner:  
Nationalrat Benjamin Giezendanner

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

SVP Dietikon

Für Rückfragen: 079 667 95 47 Koni Lips

### SVP DIGITAL



**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





**Jobs**  
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



### SVP-STÄMME

- Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).
- Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.
- Bezirk Dielsdorf/Regensberg und Steinmaur**  
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.
- Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.
- Bezirk Hinwil/Dürnten**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bukikerstrasse 43A, Dürnten.

- Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.
- Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.
- Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).
- Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.
- Bezirk Uster/Uster**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.
- Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

## Mietendeckel lässt Handwerk und Gewerbe verarmen.



# 2x NEIN

zu den linken Wohn-Initiativen.

# 2x JA

zu den Gegenvorschlägen  
Mit Regierungsrat und Kantonsrat

14. Juni 2026

wohn-initiativen-nein.ch  
Allianz gegen die linken Wohn-Initiativen

- Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.
- Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.
- Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.
- Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

### SVP-VERANSTALTUNGEN

- Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.
- Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.
- Bezirk Andelfingen/Flaach**  
Samstag, 27. Juni 2026, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.
- Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen**  
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher. Anmeldung an [info@widiart.ch](mailto:info@widiart.ch).
- Bezirk Andelfingen/Marthalen**  
Samstag, 13. Juni 2026, 18.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Firma Stutz Baggerunternehmung, Bärchistrasse 6, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Festwirtschaft. Anschließend Live-Übertragung Fussball-WM-Spiel Katar–Schweiz.
- Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 10. Mai 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

### IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**  
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Der Zürcher Bote**  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

- Bezirk Dielsdorf/Dänikon**  
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssli Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.
- Bezirk Dielsdorf/Niederhasli**  
Freitag, 26. Juni 2026, bis Sonntag, 28. Juni 2026, SVP-Stand am Dorrfest, Dorfstrasse, Niederhasli.
- Bezirk Dielsdorf/Otelfingen**  
Montag, 18. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Saal Kirchgemeinde, Vorderdorfstrasse 36, Otelfingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Markus Bopp. Anschließend Apéro.
- Bezirk Dielsdorf/Regensdorf**  
Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.
- Bezirk Dielsdorf/Stadel**  
Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingmarkt, Dorfkern, Stadel.
- Bezirk Dietikon/Dietikon**  
Freitag, 1. Mai 2026, 11.30 Uhr, Grill-Plausch bei Kurt u. Elsbeth Bräm, im Basi, Dietikon, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.
- Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat**  
Donnerstag, 30. April 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gemeindescheune, Schmittengasse 5, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Alt Bundesrat Ueli Maurer.

- Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-oetwil-geroldswil.ch](http://www.svp-oetwil-geroldswil.ch).
- Bezirk Hinwil/Wetzikon**  
Freitag, 1. Mai 2026, 11.00 Uhr, Führung und Mittagessen, FBW-Museum, Zürcherstrasse 95, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Daniel Wäfler. Anmeldung bis 27. April 2026 an [m.rebsamen@svp-wetzikon.ch](mailto:m.rebsamen@svp-wetzikon.ch).
- Bezirk Meilen/Küsnacht**  
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.
- Bezirk Meilen/Meilen**  
Mittwoch, 6. Mai 2026, 19.15 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Marion Matter und Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschließend Apéro.
- Bezirk Meilen/Zollikon**  
Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.
- Bezirk Pfäffikon/Russikon**  
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, 72. Generalversammlung, Rest. Krone im kleinen Saal, 8332 Russikon, 18.30 Uhr Imbiss, 19.30 Uhr Versammlung.
- Bezirk Winterthur/Seuzach**  
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsli, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

- Samstag, 6. Juni 2026, 13.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsli, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrätin Barbara Steinemann. Wurst und Getränke offeriert.
- Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 9. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

### WEITERE VERANSTALTUNGEN

- Mittwoch, 6. Mai 2026, 15.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative des Vereins für aktive Senioren, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Nationalrat Thomas Matter.
- Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.00 Uhr, Veranstaltung zur Kompass-Initiative, The Hall, Hoffnigstrasse 1, Dübendorf.
- Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschüssen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-schiessen.ch](http://www.svp-schiessen.ch).
- Mittwoch, 30. September 2026, 10.00 Uhr, Anlass für die ehemaligen SVP-Räte, Besuch und Führung in der Win4/AXA-Arena, Grüzefeldstrasse 36, Winterthur. Einladung folgt.

# Keine 10-Millionen Schweiz!



# Nachhaltigkeits-Initiative JA

IG Nachhaltigkeitsinitiative